

Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende

Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft

Christoph Badelt

Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende.

Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft

Die österreichische Wirtschaftspolitik steht vor großen Herausforderungen. Durch das Fehlen einer mit Parlamentsmehrheit ausgestatteten Regierung kam es zwischen Ende Mai 2019 und Jahresanfang 2020 zu einer Zwangspause in der politischen Arbeit, die Reformen weiter in die Zukunft verschob. Ziel dieses Artikels ist es, ausgehend von einem Rückblick auf die zentralen Themen des vergangenen Jahres die Herausforderungen für die künftige Wirtschaftspolitik im Überblick darzustellen. Anders als in den üblichen Beiträgen in den WIFO-Monatsberichten wird ein primär qualitativer Zugang gewählt – die quantitative empirische Evidenz wird in die Referenzen verwiesen.

JEL-Codes: A10, E66, H00 • **Keywords:** Österreichische Wirtschaftspolitik, allgemeiner Ausblick und Rahmenbedingungen
Der Autor dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WIFO für umfangreiche Kommentare und inhaltliche Klarstellungen und Ergänzungen zu einem früheren Entwurf des Artikels.

Begutachtung: Andreas Reinstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Brunner (anna.brunner@wifo.ac.at)

Kontakt: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt (christoph.badelt@wifo.ac.at)

Austria's Economic Policy at the Turn of the Year. Review and Future Challenges

Austria's economic policy faces major challenges. The lack of a government with a majority in parliament between the end of May 2019 and the beginning of 2020 led to a forced pause in political work, which further postponed reforms into the future. The aim of this article is to present an overview of the challenges for future economic policy, starting with a review of the central issues of the past year. In contrast to the usual contributions in the WIFO-Monatsberichte (monthly reports), a primarily qualitative approach is chosen – the quantitative empirical evidence is referred to the references.

1. Das wirtschaftspolitische Umfeld 2019

1.1 Internationale Entwicklungen

Die Wirtschaftspolitik musste 2019 in einem durch große Unsicherheiten geprägten Umfeld agieren. Für Österreich als kleines und stark exportorientiertes Land wirkte sich die Abschwächung der Dynamik der internationalen Handelsbeziehungen nachteilig aus. Dahinter standen die Skepsis gegenüber Freihandel bzw. Globalisierung und die Betonung stärkerer protektionistischer Tendenzen in den USA sowie populistische Strömungen in anderen Ländern. Die verschiedenen Episoden des **Handelskonfliktes zwischen den USA und China**, aber auch die Konflikte zwischen den USA **und der EU** illustrieren diese Thematik.

Gleichzeitig setzte die EU eine Reihe von bilateralen Initiativen, die zu **einer** Verstärkung der internationalen Wirtschaftskooperationen führen sollten. Wichtige Beispiele dafür sind die Gespräche der EU-Spitze mit China, u. a. zur Thematik der **"Neuen Seidenstraße"**, erste Ansätze für ein begrenztes Industriezollabkommen mit den USA, die Handelsabkommen mit **Japan** und mit **Singapur** oder

die prinzipielle Einigung auf ein **EU-Mercosur**-Abkommen.

Die EU-internen Diskussionen waren stark durch den Brexit geprägt. Auch in Österreich war der Brexit ein viel diskutiertes Thema – und dies obwohl der unmittelbare Effekt des Brexits auf die österreichische Wirtschaft mit einer Wachstumsdämpfung von maximal $-0,05\%$ vernachlässigbar ist (*Oberhofer – Pfaffermayr*, erscheint demnächst), auch wenn ein "Hard Brexit" mittelfristig stärkere negative Effekte auch auf den österreichischen Außenhandel haben könnte. Nach den Dezember-Wahlen im Vereinigten Königreich steht zwar nun das Brexit-Datum mit 31. Jänner 2020 fest; ob es rechtzeitig zu einem Abkommen über die weiteren Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich kommen wird, ist jedoch nach wie vor offen.

Die politischen Entwicklungen auf der EU-Ebene waren im Jahr 2019 erheblich geprägt durch die Wahlen zum **Europäischen Parlament**, durch die Suche nach einer **neuen Europäischen Kommission** und

Die internationale Entwicklung bewirkt Unsicherheit und dämpft das Wachstum des Welthandels. Die EU versucht aber, die Globalisierung zu verstärken.

Die neue Europäische Kommission hat ambitionierte klimapolitische Ziele, die Österreich stark fordern.

Von der EU-Steuerpolitik könnten wichtige Impulse für Österreich ausgehen. Bislang sind die Ergebnisse aber vernachlässigbar.

Bis Mai 2019 konnte die österreichische Regierung ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen umsetzen, darunter die Steuerreform, Sozialhilfe und die Organisationsreform der Krankenversicherung.

Nach der Ablösung der Regierung wurden durch wechselnde parlamentarische Mehrheiten Beschlüsse mit bedeutenden Budgetwirkungen gefasst.

Die politische Debatte bringt neue Schwerpunkte: Migration und Globalisierung treten in den Hintergrund, der Klimawandel wird zum zentralen Thema.

letztlich durch das Bestreben, eine Grundsatzeinigung auf einen neuen **EU-Budgetrahmen** für die Jahre 2021 bis 2027 zu erzielen. In dieser Übergangszeit wurden daher auch keine oder nur wenige EU-Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen auf Österreich haben. Das könnte sich aber rasch ändern. So würde die Umsetzung des im Dezember veröffentlichten **"European Green Deal"** die österreichische Klimapolitik ebenso stark fordern wie die Initiativen zu **Green-Finance**-Maßnahmen.

Auf der internationalen Ebene werden wichtige Rahmenbedingungen in **Steuerfragen** definiert, deren Klärung innenpolitisch als sehr dringend angesehen wird (z. B. "Besteuerung der internationalen Konzerne"). Dies illustriert z. B. die Ablehnung einer **EU-Digitalsteuer** durch den Europäischen Rat im März 2019, die dann zum österreichischen Ansatz der Einführung einer nationalen "Digitalsteuer" führte. Die verschiedenen Initiativen der OECD im Projekt über Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung könnten Auswirkungen auf die Diskussion der **Körperschaftsteuer** in Österreich haben. Ähnliches gilt für die **Finanztransaktionssteuer**, auf die sich auch die grundsätzlich an ihrer Einführung interessierte Gruppe aus 10 EU-Ländern noch nicht einigen konnte. Die derzeit diskutierte Besteuerung der Umsätze von Aktien großer börsennotierter Unternehmen ist jedenfalls im Hinblick auf das ursprüngliche Anliegen kontraproduktiv, da primär die rein spekulativen Transaktionen besteuert bzw. erschwert werden sollten.

1.2 Entwicklungen in Österreich

Am 1. Jänner 2019 wurde mit dem **"Familienbonus Plus"** ein erstes wichtiges steuerpolitisches Vorhaben der Regierung von Bundeskanzler Kurz Wirklichkeit. Der Gesetzesentwurf stellte darauf ab, Eltern zu entlasten, die berufstätig sind und einen direkten Beitrag zum Einkommensteueraufkommen leisten. Simulationsergebnisse des WIFO belegen einen Anstieg des durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommens der betroffenen Haushalte durch den Familienbonus um 3,1%, während die Einkommensteuerbelastung um 1.556 € pro Jahr sinkt. Die Effekte sind in der Mitte der Verteilung am stärksten ausgeprägt (Fink – Rocha-Akis, 2018). Anfang Mai stellte die Regierung die weiteren geplanten Schritte einer **Steuerreform** vor, die bis 2022 eine Gesamtentlastung der Steuerpflichtigen von insgesamt 8,3 Mrd. € bewirken sollte.

Weitere größere wirtschaftspolitisch relevante Beschlüsse waren das neue **Sozialhilfe-Grundsatzgesetz** ("Mindestsicherung Neu") sowie die **Organisationsreform der Krankenversicherung**. Beide Materien waren Gegenstand heftiger politischer Kontroversen und führten auch zu mehreren Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof.

Während die Schlüsselemente des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes als verfassungswidrig aufgehoben wurden, stellte der VfGH die Verfassungsmäßigkeit der meisten Regelungen zur Organisationsreform der Krankenversicherung fest.

Die Ablöse der Regierung am 27. Mai 2019 veränderte das politische Großklima im Land entscheidend. Die wirtschaftspolitische Diskussion verschob sich rasch in einen Wahlkampfmodus. Damit war ein Großteil des Jahres 2019 für wirtschaftspolitische Entscheidungen, die auf strategischer Planung einer Regierung beruhen, verloren. Allerdings kam es mit **wechselnden parlamentarischen Mehrheiten** bis zu den Neuwahlen zu einigen Gesetzesbeschlüssen des Parlamentes, die auch Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte hatten, ohne dass sie in strategische Gesamtkonzepte eingebunden gewesen wären. Dazu zählten etwa die Valorisierung des Pflegegeldes, eine außerordentliche Pensionserhöhung und die Wiedereinführung des abschlagsfreien Pensionsübertrittes bei 45 Beitragsjahren. Weiters wurde mit der **Entlastung niedriger Einkommen** im Bereich der Sozialversicherung durch eine Reihe von kleineren Maßnahmen noch die erste Stufe der von der vorhergegangenen Regierung angekündigten weiteren Schritte der Steuerreform umgesetzt.

Die Wahlkampfphase brachte eine beachtenswerte Verschiebung der Themenschwerpunkte. Das **Migrationsthema** trat in den Hintergrund, und der **Klimawandel** wurde rasch zum dominanten Thema der wirtschaftspolitischen Diskussion. Die in den Vorjahren intensiv und auch emotional geführte **Globalisierungsdiskussion**, die sich vor allem an den internationalen umfassenden Handelsabkommen entzündete, verlor nach der Ratifizierung des CETA-Abkommens im Jahre 2018 rasch Gewicht, wenn sich auch bald eine breite Front gegen das von der Europäischen Kommission vorbereitete Mercosur-Abkommen bildete. Die seit Jänner 2020 amtierende neue Regierung relativiert diese Ablehnung etwas, indem sie im Regierungsprogramm nur von einer "Ablehnung in der derzeitigen Form" spricht (Regierungsprogramm, 2020, S. 176). Insgesamt traten die Kritik und die Globalisierungsängste in breiten Teilen der Gesellschaft hinsichtlich Freihandelsabkommen in den Hintergrund, auch weil die Kehrseite der Liberalisierung, der Protektionismus, stärkere Beachtung fand. Aus ökonomischer Sicht bleiben analytisch fundierte und faktenbasierte Entscheidungen sowie eine effektive Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, die auch die Bevölkerung außerhalb der Fachwelt erreichen, wesentlich. Die im Dezember 2018 präsentierte neue **Außenwirtschaftsstrategie** bekennt sich dazu.

Das **25-jährige Jubiläum der österreichischen EU-Volksabstimmung** im Jahr 2020

und das 30-jährige Jubiläum des Falls des Eisernen Vorhanges schärfen den Blick auf die großen ökonomischen Vorteile, die Österreich durch seine Mitgliedschaft in der EU und durch die Öffnung des Ostens lukrieren konnte (Oberhofer – Streicher, 2019). Dadurch wurde einmal mehr deutlich, dass die Mitgliedschaft in der EU, aber auch die starke internationale Verflechtung Österreichs die Basis für den Wohlstand des Landes ist¹⁾).

Die Regierung von Bundeskanzler Kurz setzte eine Organisationsreform der Krankenversicherungen um, die eine deutliche Verringerung der Zahl der Krankenkassen, vor allem eine Zusammenfassung der Gebietskrankenkassen bedeutete. Ob, wann und wie weit diese Fusion Kosteneinsparungen bewirken oder sich auf das Leistungsangebot auswirken würde, ist umstritten.

2. Wirtschaftspolitische Diskussionsfelder im Jahr 2019

Die wirtschaftspolitische Debatte war um eine Reihe von Themen konzentriert, die in der Folge im Überblick dargestellt werden.

2.1 Die konjunkturelle Ausgangslage

Die Hochkonjunktur hatte ihren Höhepunkt in Österreich um den Jahreswechsel 2017/18. Sie ging von einem weltweiten Aufschwung aus, der durch die Entwicklung der Schwellenländer und den Aufschwung in der Industrie getragen war. Diese Faktoren haben sich in der jüngeren Zeit gedreht. Die **Abschwächung der weltweiten Dynamik** resultierte in einer Verlangsamung des österreichischen Exportwachstums, die wiederum vor allem die heimische Industrie betrifft. Zum Jahreswechsel trat die Industrieproduktion (Sachgütererzeugung) in eine rezessive Phase ein.

Die langsame, aber stetige Verringerung der BIP-Wachstumsraten seit dem Jahr 2018 erreicht nach dem Jahreswechsel 2019/20 ihren Tiefpunkt (Glocker, 2020, S. 19-31), auf Sicht ist jedoch nicht mit einem neuen Aufschwung, sondern mit mittelfristig niedrigen Wachstumsraten zu rechnen, die sich mit einer Größenordnung von 1,4% pro Jahr in der Nähe des Potentialwachstums befinden.

Mit der Abschwächung der Exportdynamik gewann der **private Konsum** an Bedeutung für das Wirtschaftswachstum. Dies ist generell für Abschwunghasen typisch. Allerdings wurde der Konsum durch eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit expansiver Wirkung auch angeregt – ein Trend,

Indirekt wurde dadurch auch die prinzipielle Funktion der **sozialen Selbstverwaltung** thematisiert. Ein gutes Beispiel dafür war das Vorhaben, die Prüfungsbefugnisse für Sozialabgaben und Steuern beim Finanzministerium zu konzentrieren, ein Vorhaben, das allerdings letztlich vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt wurde.

Die Organisationsreform der Krankenversicherungen, aber auch einige andere gesetzliche Veränderungen (z. B. in der Novellierung des Arbeitszeitgesetzes) brachten darüber hinaus Verschiebungen der bisherigen Machtkonstellation innerhalb der **Sozialpartnerschaft**, die auf eine Schwächung der Arbeitnehmervertretungen hinauslaufen. Ob diese Verschiebungen tatsächlich Auswirkungen, z. B. auf das Leistungsangebot der Krankenkassen oder auf die Arbeitszeitpraxis der Betriebe haben werden, ist noch nicht abschätzbar.

der aufgrund der Beschlüsse des Jahres 2019 weiter anhalten wird.

Anders als die **rezessive Entwicklung in der Industrie** nehmen die Wachstumsraten im Bereich der **Dienstleistungen** weiterhin zu – dies erklärt auch das nach wie vor ungebrochene Beschäftigungswachstum.

Der Konjunkturverlauf macht es gegenwärtig **nicht notwendig**, über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus ein eigenes **Konjunkturprogramm** zu starten. Die aus strukturellen Gründen notwendigen zusätzlichen Investitionen, z. B. in den öffentlichen Verkehr, in die Sanierung von Gebäuden, in die Bildungs- und Forschungspolitik usw., hätten ohnehin auch einen positiven Effekt auf die Nachfrage.

Die Konjunktur verlief in Österreich im Jahr 2019 positiver als in Deutschland. Während die deutsche Wirtschaft im II. und III. Quartal schrumpfte und auch für 2020 aktuell nur ein Wachstum von 1,2% prognostiziert wird, waren die österreichischen Ergebnisse deutlich besser. Dies führte zur wirtschaftspolitischen Grundsatzdiskussion in Österreich, ob und wie weit die **Abhängigkeit der österreichischen Konjunktur von der deutschen Wirtschaftsentwicklung** schwächer geworden ist bzw. überhaupt noch besteht. Allerdings war zumindest im Jahr 2019 eher die Summe von Einzel- und Sondereffekten für die scheinbare Entkopplung der österreichischen von der deutschen Wirtschaftsentwicklung bestimmend. Im Hinblick darauf, dass der Anteil der Exporte nach Deutschland nach wie vor etwa 30% der Gesamt-

Die Funktion der sozialen Selbstverwaltung rückt aufgrund der Maßnahmen zur Krankenversicherung in den wirtschaftspolitischen Fokus.

Die Konjunktur schwächt sich ab. Industrie und Außenhandel sind besonders betroffen. Der private Konsum wird zum Träger der Konjunktur.

Ein konventionelles Konjunkturprogramm ist derzeit nicht nötig.

Die bessere Performance der Wirtschaft in Österreich als in Deutschland bedeutet keine langfristige Entkopplung der beiden Wirtschaftsräume.

¹⁾ Vgl. auch das Schwerpunktthema 12/2019 der WIFO-Monatsberichte zum Thema.

exporte beträgt, ist jedenfalls mittelfristig auch weiterhin ein enger Zusammenhang zwischen den beiden Wirtschaftsräumen gegeben.

Das niedrige Zinsniveau wird in der öffentlichen Diskussion bisweilen kritisch gesehen, verschafft aber dem öffentlichen Sektor finanzielle Spielräume.

Zum Teil kritisch gesehen wurden die **Geldpolitik der Europäischen Zentralbank** und die damit verbundene Entwicklung des Zinsniveaus in Österreich. Vor allem die im Herbst getroffene Entscheidung für weitere Wertpapierkäufe und eine weitere Zinssenkung legt die Kritik nahe, die EZB würde im Hinblick auf bevorstehende Konjunkturschwächen "ihr Pulver völlig verschießen". Freilich ist diese Kritik eher am Verhalten während des Jahres 2018 berechtigt, als die Konjunktur noch generell viel dynamischer war. Die Effekte der Zinsentwicklung sind offensichtlich: Das niedrige Niveau schwächt nicht nur die Ertragslage der Banken, sondern gefährdet auch den **Vermögensaufbau** zu Vorsorgezwecken. Umgekehrt verschaffen die niedrigen Zinssätze dem **Staatshaushalt** durch **Einsparungen** Spielräume, die zum Schuldenabbau und/oder zu Investitionen genutzt werden können. Allerdings wird das niedrige Zinsniveau auch durch ein internationales Überangebot an Kapital verursacht und ist nicht vorwiegend der Politik der EZB zuzuschreiben. In Österreich ist weiters der Effekt des Zinsniveaus auf die Preisentwicklung auf dem **Immobilienmarkt** ein Thema, das wirtschaftspolitisch Sorgen bereitet²⁾.

2.2 Problemfelder auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt stand auch 2019 im Brennpunkt des Interesses. Die **Arbeitslosenquote** erreichte mit 7,3% im Jahresdurchschnitt 2019 zwar den – seit der Finanzmarktkrise 2008/09 – niedrigsten Wert, dies aber auf einem um 100.000 Arbeitslose höheren Niveau als vor der Krise. Allerdings ist 2020 wieder mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Dieses Niveau der Arbeitslosigkeit ist ökonomisch wie sozial problematisch und deutet auf strukturelle Probleme der österreichischen Wirtschaft hin. Offensichtlich hat auch das bisher eingesetzte Instrumentarium, die Arbeitslosigkeit kurzfristig und nachhaltig zu senken, nicht genügend Erfolge gebracht³⁾. Die zentralen Ursachen von Anstieg und Verfestigung der Arbeitslosigkeit liegen im Zusammenwirken von **geringerem Wirtschaftswachstum** und massiv **steigendem Arbeitskräfteangebot** (zwischen 2008 und 2018 stieg die Zahl der Arbeitskräfte um rund eine halbe Million Personen⁴⁾). Letzteres war durch die Zuwanderung und die steigende

Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen bedingt.

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit kann nur erfolgreich geführt werden, wenn strukturelle Aspekte in den Fokus genommen werden. So bestehen beträchtliche **regionale Disparitäten auf den Arbeitsmärkten** (OECD, 2019, S. 35ff, Bock-Schappelwein – Sinabell, 2019). **Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als der Durchschnitt: 2019 lag der Anteil der Arbeitslosen am unselbständigen Arbeitskräfteangebot der 50-Jährigen und Älteren durchschnittlich bei 8,4%, insgesamt betrug die Arbeitslosenquote 7,4%. Besonders betroffen sind weiters Personen mit **gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen** sowie mit **Qualifikationsdefiziten**. Insgesamt addieren sich diese Probleme zu einer über die letzten Jahre angewachsenen **Langzeitarbeitslosigkeit**, waren doch am Jahresende 2019 bereits mehr als ein Drittel der Arbeitslosen dieser Kategorie zuzuordnen. Gegenüber der Situation vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen mehr als verdreifacht. Dieses Phänomen führte 2019 zu intensiven politischen Debatten, wie sie am besten durch die Auseinandersetzungen um die "Aktion 20.000" illustriert werden, die durch die ursprüngliche Bundesregierung sistiert und im Zuge der parlamentarischen Beschlüsse knapp vor den Parlamentswahlen Ende September 2019 in reduzierter Form wieder eingeführt wurde. Um ausreichende empirische Evidenz zur Wirksamkeit der Aktion zu gewinnen, wäre es sinnvoll gewesen, die Aktion eine längere Zeit stetig laufen zu lassen und erst dann zu evaluieren⁵⁾.

Die Arbeitslosigkeit ist in Österreich auch durch einen **"Mismatch" der Qualifikationen** zwischen Angebot und Nachfrage bedingt. Dies gilt auch **in regionaler Hinsicht**. Der Mismatch geht in der wirtschaftspolitischen Debatte nahtlos in die Problematik des **Fachkräftemangels** über. Der Fachkräftemangel trat zunächst in bestimmten Branchen auf, in denen bestimmte höhere Qualifikationen weltweit stark nachgefragt werden, z. B. in IT-relevanten Berufen oder im Zusammenhang mit Digitalisierungsprozessen. Inzwischen erreichte er aber bereits weite Bereiche der Industrie und manche Dienstleistungsbranchen und wird immer öfter zum betrieblichen Engpass bei der Übernahme von Aufträgen. So meldeten etwa im WIFO-Konjunkturtest vom Oktober 2019 20% der Industriebetriebe und rund 30% der Unternehmen der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich, dass ihre Tätigkeit "primär

Die Arbeitslosigkeit erreichte 2019 zwar ein längerfristiges Minimum, jedoch auf einem hohen Niveau.

Strukturelle Arbeitslosigkeit von Problemgruppen und Qualifikationsdefizite bilden den Kern des Problems.

²⁾ Der Zusammenhang zwischen Zinssätzen und Immobilienpreisen wurde für Österreich bislang nicht untersucht. Zur internationalen Diskussion siehe Jorda – Schularick – Taylor (2016), Kuttner (2013), Williams (2016).

³⁾ Reformüberlegungen diskutieren Eppel et al. (2018), Eppel – Mahringer – Sauer (2017).

⁴⁾ Zu Details siehe Eppel et al. (2018).

⁵⁾ Eine erste Evaluierung nehmen Hausegger – Krüse (2019) vor.

durch den Mangel an Arbeitskräften behindert wird" (Hözl – Klien – Kügler, 2019).

2.3 Soziale Fragen

Im Wahlkampf stellten mehrere Gruppierungen die Themen Gerechtigkeit, Mindesteinkommen sowie **Armut und Mindestsicherung** ins Zentrum ihrer Argumentation. Vor allem der Anstieg der Zahl der armutsgefährdeten Kinder von 289.000 (2008) auf 301.000 (2018) wurde im Kontext der Verschlechterung der Regeln, die die "Sozialhilfe Neu" für Kinder in den meisten österreichischen Bundesländern gebracht hätte, zum Thema gemacht. Die Tatsache, dass von der "Sozialhilfe Neu" vor allem ausländische Staatsangehörige und Kinder betroffen gewesen wären, wurde hingegen wenig thematisiert, obgleich dieser Effekt mittelfristig beträchtliche soziale Probleme nach sich ziehen würde. Nachdem der Verfassungsgerichtshof im Dezember die Kernvorschriften der neuen Regelung als verfassungswidrig erklärt hat, zeichnet sich ab, dass die besonders umstrittenen Bestimmungen wieder in die Kompetenz der Bundesländer zurückgehen werden. Damit ist das Ziel, eine bundesweite Vereinheitlichung der Sozialhilfe zu erreichen, nicht mehr realistisch. Eng mit der Problematik verbunden sind prinzipielle Fragen der **Integration von asyl- oder subsidiär schutzberechtigten Personen**, die 2019 weniger in der Öffentlichkeit thematisiert wurden, als dies der Größe des Themas aus ökonomischer und sozialer Sicht angemessen gewesen wäre.

Im Zusammenhang mit der Lage armutsgefährdeter Menschen wird die Frage der **Höhe der Mieten bzw. der Wohnungspreise** zu einem politisch zunehmend relevanten Thema. Beide Preisniveaus stiegen in den letzten Jahren besonders stark: Von 2005 bis 2018 erhöhten sich die Nettomieten (einschließlich Umsatzsteuer) um 48% und die Immobilienpreise um 72%, während die kumulierte Inflationsrate 27% betrug und das durchschnittlich verfügbare Einkommen je Haushalt um 28% stieg. Dies führt zu einem massiven Problem für die Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen, vor allem für junge Familien. In mittleren Einkommens- und Sozialschichten lässt sich wiederum der Kauf einer Eigentumswohnung aus dem eigenen Verdienst kaum mehr finanzieren. Die Regulierungen, an die sich Banken bei der Kreditvergabe halten müssen, machen überdies trotz niedriger Zinssätze die Fremdkapitalfinanzierung des Wohnungskaufes zu einer zusätzlichen Hürde.

Die Lösung der Frage der Miethöhe ist hier wichtig, sollte jedoch Marktmechanismen Rechnung tragen. Preisbeschränkungen sind

⁶⁾ Kurzfristig werden zwar Personen mit niedrigem Einkommen durch Mietpreiskontrollen begünstigt, langfristig verringern diese aber das Angebot an Wohnungen, haben Unterinvestitionen sowie Umgehungs-

aus dieser Sicht mittel- bis langfristig kein geeignetes Mittel zur Zuteilung von Wohnungen an einkommensschwache Personen auf Wohnungssuche⁶⁾. Eine Steigerung des Angebotes auf dem Wohnungsmarkt könnte den Preisdruck mindern. Dazu wären eine weitere Beschleunigung von Grundstückenumwidmungen für Wohnbauzwecke oder des kommunalen Wohnbaus notwendig.

Die Diskussion zur **Umverteilung** wurde in Österreich durch die Vorlage einer WIFO-Studie neu empirisch fundiert (Rocha-Akis et al., 2019, Rocha-Akis – Mayrhuber, 2019). Anders als in der Vergangenheit verringerte sich demnach im Zeitraum zwischen 2010 und 2015 die Ungleichheit der Einkommen der privaten Haushalte sowohl vor als auch nach Umverteilung durch Abgaben und Transfers leicht. Dahinter stehen jedoch gegenläufige Veränderungen in Haushalten mit unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen. Im Wesentlichen verbesserte sich die Einkommensposition der **Haushalte mit älteren Erwachsenen**, während **Haushalte mit jüngeren Erwachsenen und Haushalte mit unterhaltsberechtigten Kindern** sowohl relative als auch absolute Pro-Kopf-Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Die Armutsgefährdung nahm hier zu, während jene der Haushalte mit über 65-jährigen Hauptverdienenden merklich zurückging.

Die sozialpolitischen Herausforderungen einer **"Ageing Society"** werden auch in der politischen Auseinandersetzung um das Ausmaß von Pensionserhöhungen oder zum Thema Pensionsantrittsalter deutlich.

Aufgrund der Festlegungen der im Mai 2019 abgelösten Regierung und der Mehrzahl der wahlwerbenden Gruppen wurde die **Nachhaltigkeit des Pensionssystems** nicht sehr intensiv diskutiert. Radikale Kritiker des Systems prognostizierten weiterhin die "Unfinanzierbarkeit" des Systems in der Zukunft, während sich die Regierung auf die Forderung, das **faktische Pensionsalter** zu heben, zurückzog. Der empirische Hintergrund der Debatte ist differenziert zu sehen. So war in den letzten Jahren ein Anstieg sowohl der Beschäftigungsquote der Älteren als auch des Pensionsantrittsalters zu verzeichnen. Allerdings traten 2018 immer noch nur 25% der Männer und 74% der Frauen (jeweils unselbständig Beschäftigte) zum Regelpensionsalter in die Pension über (Pensionsversicherungsanstalt, 2019, S. 172). Insgesamt bewirkten die Alterung der Erwerbsbevölkerung und die Verlängerung der Erwerbsphase einen stetigen Anstieg des Arbeitskräfteangebotes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Die **Querverbindungen zwischen**

verhalten zur Folge und tragen zur Erhöhung der Mietpreise von Wohnungen bei, die nicht der Preiskontrolle unterliegen (vgl. z. B. Diamond – McQuade – Qian, 2019, Mense – Michelsen – Cholodilin, 2017).

Die Reformen zur Mindestsicherung lösten Debatten zur Situation von armutsgefährdeten Haushalten aus.

Wohnkosten werden zu einem zentralen Problem vieler Bevölkerungsschichten.

Die Einkommensverteilung verschiebt sich zu Gunsten der älteren Generation.

Die langfristige Finanzierbarkeit der Pensionen hängt neben der ökonomischen Entwicklung von den budgetpolitischen Präferenzen künftiger Regierungen ab.

Pensionsantrittsalter und Arbeitsmarkt werden damit deutlich.

Prognosen über die künftige Finanzierung hängen neben der demographischen Entwicklung maßgeblich von der künftigen Performance der Gesamtwirtschaft und der Ausgabenentwicklung in anderen Bereichen ab. Nach der aktuellen langfristigen Prognose des WIFO (*Schiman, 2019*) werden die **Gesamtaufwendungen für Pensionen** (einschließlich öffentlich Bedienstete) von 13,3% des BIP im Ausgangsjahr 2018 auf gut 15,0% des BIP im Jahre 2035 steigen und sich danach in diesem Bereich stabilisieren. Zu ähnlichen Werten kommen auch die Prognosen der Europäischen Kommission (*Europäische Kommission, 2018*).

In den Prognosen sind die Effekte vergangener Pensionsreformen, insbesondere die schrittweise Einführung der "lebenslangen Durchrechnung" im Jahr 2004, bereits berücksichtigt. Diese brachte für die einzelnen Pensionsbeziehenden und -bezieher beträchtliche Verschlechterungen gegenüber der Situation vor dieser Reform. Diese **Mikroperspektive** wird in der politischen Diskussion zu Unrecht weitgehend ignoriert. So ist langfristig mit einer Zunahme der Zahl der Ausgleichsrenten, aber auch mit einer wachsenden Kluft zwischen Aktiveinkommen und Pensionseinkommen von Besserverdienenden zu rechnen (*Mayrhuber – Badelt, 2019*). Dies müsste Fragen der Mindestsicherung im Alter ebenso wie die Debatte privater Zusatzpensionen wieder stärker in den Fokus rücken.

Anders als die Pensionsproblematik wurde die **Zukunft der Pflegesicherung** im Wahlkampf intensiv, aber weitgehend ohne Evidenzbasierung diskutiert. Dabei könnte eine sachorientierte Diskussion auf empirischer Evidenz aufbauen. So zeigen Prognoserechnungen des WIFO eine voraussichtliche Zunahme der Zahl der zu Betreuenden bis 2030 (gegenüber 2016) um 37,5% (auf etwa 344.000 Personen) und ein Wachstum der Nettoausgaben für Pflegedienstleistungen im selben Zeitraum um etwa 81% auf 3,5 Mrd. € (*Famira-Mühlberger – Firgo, 2018, S. 26*). Dementsprechend würde (für die mobilen und stationären Dienste) auch um rund 39% mehr Betreuungspersonal benötigt (*Famira-Mühlberger – Firgo, 2019, S. 155*). Da die Verfügbarkeit von privater, meist von Frauen geleisteter familiärer Pflegearbeit, die gegenwärtig einen Großteil der Leistungen abdeckt, sinken wird, sind die Prognosen von besonderer Relevanz.

2.4 Digitalisierung, Forschung und Technologie

Digitalisierung als ein dominantes gesellschaftliches Phänomen wurde in Österreich bislang vor allem entlang zweier Dimensionen diskutiert: der Auswirkung der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und des Standes der Digitalisierung in der österreichischen Wirtschaft mit Blick auf die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes.

Das **Bedrohungspotential der Arbeitsplätze** durch den Einsatz digitaler Technologien und Automatisierung (*Frey – Osborne, 2013*) wird in Österreich in der Öffentlichkeit seit Jahren kontrovers diskutiert. Zumindest kurzfristig ist davon auszugehen, dass sich die Veränderungsprozesse eher auf Arbeitsinhalte als auf ganze Berufe konzentrieren, weshalb angesichts der empirischen Evidenz Katastrophenszenarien für Österreich unwahrscheinlich erscheinen (*Firgo et al., 2019*). Dies trifft vor allem dann zu, wenn ausreichende Maßnahmen zur Qualifizierung der Arbeitskräfte auf den Weg gebracht werden, insbesondere mit Blick auf die Existenzsicherungsleistungen während der Weiterbildung (z. B. *Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger – Huemer, 2017, Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger – Leoni, 2017*).

Seit Anbeginn der Industrialisierung haben disruptive technologische Entwicklungen dazu geführt, dass eine Vielzahl bestehender Tätigkeiten durch Automatisierung obsolet wurde. Gleichzeitig wurden durch den technologischen Wandel neue Arbeitsplätze mit anderen Tätigkeitsprofilen geschaffen. Durch den Einsatz digitaler Technologien entwickelte sich die Tätigkeitsstruktur vieler Arbeitskräfte von manuellen Routinetätigkeiten weg hin zu nicht-manuellen Tätigkeiten (*Firgo et al., 2019*), ohne dass dadurch in Summe Arbeitsplätze weggefallen wären. Produktivitätssteigerungen durch technologische Neuerungen senken Preise und erhöhen die Kaufkraft der Bevölkerung. Arbeitsplatzverluste durch Automatisierung werden durch zusätzliche Beschäftigung in anderen Tätigkeiten aufgewogen. Insgesamt nahm die Beschäftigung in Österreich im Laufe der Zeit deutlich zu.

Zum Stand der **Digitalisierung in Österreich** konnte die wirtschaftspolitische Diskussion auf neuer empirischer Evidenz durch das WIFO aufbauen (*Hözl et al., 2019, Peneder – Firgo – Streicher, 2019*⁷⁾). So trugen IKT-Kapitaleleistungen, also der Fluss produktiver Dienstleistungen, die von IKT-spezifischen, in der Produktion eingesetzten Vermögenswerten erbracht werden, im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2018 rund +0,40 Prozent-

Die Neuorganisation der Pflegesicherung bedarf eines umfassenden Konzeptes auf empirischer Basis.

Digitalisierung wird zu mindest kurzfristig nicht zu einem radikalen Abbau von Arbeitsplätzen führen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie Dienstleistungsbetriebe dürfen hinsichtlich der Nutzung digitaler Technologien den Anschluss nicht verlieren.

⁷⁾ Siehe auch das Schwerpunktheft 9/2019 der WIFO-Monatsberichte.

punkte zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei. Im Jahr 2018 lag Österreich mit einem Wachstumsbeitrag der IKT-Kapitalleistungen von +0,47 Prozentpunkten unter 36 Vergleichsländern auf dem 9. Rang.

Viele österreichische Unternehmen haben die Chancen der Digitalisierung erkannt und entsprechend darauf reagiert. Besonders Technologien, die unternehmensinterne Geschäftsprozesse verbessern, wie etwa Lösungen zur besseren Ressourcenplanung, werden in Österreich mittlerweile sehr häufig eingesetzt. Gleichzeitig zeigen viele Indikatoren zur Messung der Anwendung digitaler Technologien aber ein Zurückbleiben der Dienstleistungsbereiche hinter der Sachgütererzeugung. Auch kleinere Unternehmen zögern oft bei der Einführung neuer Technologien und Geschäftsmodelle. Zu den großen Hürden für Unternehmen zählen die Unsicherheit in Bezug auf den Datenschutz, die fehlende Standardisierung von Datenschnittstellen und Finanzierungsschwierigkeiten. Letzteres wird besonders häufig von kleineren Unternehmen als Hemmnis angeführt. Die größten Herausforderungen der Digitalisierung betreffen aber technische und organisatorische Aspekte sowie die Kompetenzen der Beschäftigten und liegen damit in den Unternehmen selbst.

Wie CEDEFOP (2018, S. 52-53) anhand des ESJ-Survey (European Skills and Jobs) darlegt, benötigen inzwischen mehr als sieben von zehn Arbeitskräften in der EU zumindest **grundlegende IKT-Kompetenzen**, um ihre Arbeit verrichten zu können. Österreich nimmt in dieser Darstellung eine Sonderstellung innerhalb der EU-Länder ein, weil es den geringsten Anteil an Arbeitskräften aufweist, die keinerlei IKT-Kompetenzen benötigen (weniger als 5%; Deutschland: rund 15%) bzw. umgekehrt den höchsten Anteil an Arbeitskräften, die nach Einschätzung der befragten Erwerbstätigen über zumindest grundlegende oder höhere IKT-Kompetenzen verfügen. Nicht nur von höherqualifizierten, sondern auch von geringqualifizierten Arbeitskräften werden somit IKT-Kompetenzen erwartet.

In der **Politik** wurde Aspekten der Digitalisierung in der letzten Zeit eine hohe Priorität eingeräumt, doch herrscht bei vielen der geplanten Maßnahmen Unsicherheit betreffend Umsetzung, Überwachung und Mittelausstattung. Gute Beispiele dafür sind der Ausbau des Breitbandnetzes oder die Verbesserung der IKT-Schulinfrastruktur. Der Erwerb von Basisqualifikationen ist eine Grundvoraussetzung für weiterführende Aus- und Weiterbildung und ebenso eine wichtige Voraussetzung für den Erwerb digitaler Kompetenzen. Eine Priorisierung der geplanten Maßnahmen erscheint bei einem beschränkten Budget sinnvoll.

Abgesehen von der Digitalisierungsproblematik gab es 2019 in der **Forschungs- und Innovationspolitik** wenig Impulse, nicht zuletzt, weil die Übergangsregierung keine Initiativen setzte. So kam der geplante FTI-Gipfel nicht mehr zustande, was eine Verzögerung bei der Formulierung der neuen FTI-Strategie bewirken wird. Ein Entwurf zum Forschungsförderungsgesetz wurde erarbeitet, wurde aber durch den Regierungswechsel nicht mehr offiziell weiterverfolgt. Die für Zwecke der empirischen Arbeit dringend notwendige Novelle zum Bundesstatistikgesetz, die den Zugang zu Individualdaten für Forschungszwecke erleichtern sollte, wartet ebenfalls auf die Umsetzung.

Die Frage, wie Forschungsförderungsinstrumente besser eingesetzt werden können, um österreichische Unternehmen in den Kreis der **"Innovation Leaders"** zu bringen, steht nach wie vor im Raum. Dies kann verstärkt auch unter regionalpolitischen Aspekten bedacht werden. Die zunehmende Fragmentierung von Wertschöpfungsketten bringt verstärkt kleinere, auf spezifische Funktionen oder Produktionsteile spezialisierte Einheiten hervor, die in Netzwerkstrukturen eingebunden sind. Solche Netzwerkunternehmen sind stärker auf ein funktionierendes industrielles Ökosystem (Berger, 2013) am Standort angewiesen.

2.5 Klima- und Umweltpolitik

Die Fridays-for-Future-Bewegung war auch in Österreich ein wichtiger Faktor, das Thema **Klimaschutz** in der breiten gesellschaftlichen und politischen Diskussion zu verankern. Zwar gingen die CO₂-Emissionen in Österreich laut Nowcast des *Umweltbundesamtes* (2019) im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr zurück (vor allem wegen des Wartungsstillstandes eines Hochofens). In Hinblick auf die mittel- und langfristigen Klimaziele für 2030 und 2050 besteht allerdings ein **großer Aufholbedarf**, da Österreich bislang keine strukturellen, nachhaltig wirksamen Maßnahmen zur Transformation des Energiesystems umgesetzt hat. So müssten bis 2030 die Emissionen von Treibhausgasen in jenen Sektoren, die nicht im Europäischen Emissionshandelsystem (ETS) erfasst sind (Verkehr, Haushalte, sonstiger Kleinverbrauch), gegenüber dem Niveau von 2005 um 36% gesenkt werden. Der Anspruch wird noch größer, wenn die Pläne der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für einen "Green Deal" mit deutlich ambitionierteren Emissionszielen Wirklichkeit werden. Österreich muss konkrete Maßnahmen entwickeln, um die Ziele für die Sektoren außerhalb des ETS zu erreichen.

Ein exemplarischer Pfad zu Klimaneutralität bis 2050 wurde in einem Konsortium österreichischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Beteiligung des WIFO entwickelt (Meyer – Sommer – Kratena, 2018,

Forschungs- und Innovationspolitik bleibt zentral für den Wirtschaftsstandort und das Wirtschaftswachstum.

Österreich hat in der Klimapolitik einen großen Aufholbedarf.

Sommer – Meyer – Kratena, 2018). Konkrete Maßnahmenbündel bis 2030 müssen in Form des "Nationalen Energie- und Klimaplan" (NEKP) an die Europäische Kommission übermittelt werden; nach der Abgabe des ersten Draft im Sommer sah die Kommission hier noch deutlichen Konkretisierungsbedarf. Nach einer Überarbeitung wurde der NEKP am 18. Dezember 2019 im Ministerrat verabschiedet (BMNT, 2019). Aus wissenschaftlicher Sicht erfüllt der NEKP derzeit noch nicht den Anspruch, den Anforderungen der CO₂-Minderung sowie langfristig der Klimaneutralität zu entsprechen. Diese Sichtweise teilt auch die seit Jahresbeginn 2020 amtierende Regierung, sieht doch das Regierungsprogramm eine "unmittelbare Nachbesserung und Konkretisierung des NEKP" vor (Regierungsprogramm, 2020, S. 104).

2.6 Steuern und öffentliche Haushalte

Die **Steuerreform** beherrschte das gesamte Jahr 2019 die wirtschaftspolitische Diskussion. Auf die Umsetzung der vorgezogenen Maßnahmen der von der Regierung geplanten Reform (Familienbonus) folgte die Vorstellung der Regierungspläne für die weiteren Schritte. Im Wahlkampf wurden Abgabenfragen massiv thematisiert, vor allem die Themenkreise **CO₂-Steuer** und **vermögensbezogene Steuern**. Weiters wurden von der Regierung Kurz ins Auge gefasste Vorhaben im Sommer nach der Ablösung der Regierung im Rahmen wechselnder parlamentarischer Mehrheiten partiell verwirklicht, insbesondere im Bereich der Entlastung niedrigerer Einkommen von Krankenversicherungsbeiträgen.

Ein kritischer Rückblick auf die tatsächlichen Reformschritte zeigt zwar die Umsetzung einiger ökonomisch sinnvoller Anliegen, vor

allem zur Entlastung niedriger Einkommen und damit zur Entlastung des Faktors Arbeit. Ein substantieller Fortschritt zu einer **Umgestaltung der Abgabenstruktur** wurde aber **nicht erreicht**; zu klein waren dafür die Entlastungen des Faktors Arbeit; eine Ökologisierung des Systems oder eine stärkere Besteuerung von Vermögen fand bislang nicht statt.

Nach der Einschätzung in den Konjunkturprognosen wäre die ursprünglich von der Regierung geplante Steuerreform aus den erzielbaren **Überschüssen der öffentlichen Haushalte** finanzierbar gewesen. So ging das WIFO für 2019 von einem Maastricht-Überschuss von 0,6% des BIP aus. Freilich änderte sich der Budgetspielraum für die Folgejahre durch die ausgabenrelevanten Beschlüsse des Parlaments im Juli und September, da hier im Ausmaß von 650 Mio. € finanzielle Verpflichtungen eingegangen wurden, die im Budgetpfad nicht eingepreist waren.

Damit wurde früher als erwartbar das grundsätzliche Dilemma der Budgetpolitik des Bundes offenkundig: Der Koalitionsregierung war es durch Nutzung der konjunkturbedingt gut wachsenden Steuereinnahmen kombiniert mit einer sparsamen Ausgabenpolitik gelungen, 2018 und 2019 einen Budgetüberschuss zu erreichen. Dieser sollte nach deren Vorstellung zu einer Senkung der Abgabenlast verwendet werden. Es gelang aber nicht, durch Strukturereformen nachhaltige Einsparungen auf der Ausgabenseite auf den Weg zu bringen. Spätestens ab dem Jahr 2020 wäre damit der **Zielkonflikt** zwischen **Abgabensenkungen** und neuen **Ausgabenerfordernissen** offenkundig geworden – ein Konflikt, der durch die Beschlüsse des Parlaments nunmehr früher und wohl auch stärker aufbrechen wird.

Die Beschlüsse zur Steuerreform haben beachtliche Entlastungswirkungen, eine Strukturreform des Abgabensystems ist aber bislang nicht in Sicht.

Strukturereformen im öffentlichen Sektor, die langfristig auch Einsparungen bewirken können, sind gegenwärtig nicht in Sicht.

3. Sozioökonomische Herausforderungen für die Zukunft

Die wirtschaftspolitische Diskussion des abgelaufenen Jahres bildete nur teilweise die Herausforderungen ab, vor denen die österreichische Wirtschaft steht und denen sich auch die neue Regierung stellen muss. Das WIFO wird in den kommenden Jahren seine Forschung stark auf diese langfristigen Themen fokussieren. Dabei geht es vor allem um folgende Problembereiche:

- **Europäische Herausforderungen:** Viele der großen ökonomischen Probleme lassen sich nur auf einer internationalen Ebene lösen. Dazu gehört der Klimawandel ebenso wie Fragen der sozialen Kohäsion, die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftsböcken der Welt ebenso wie die Besteuerung internationaler Konzerne.
- **Wettbewerbsfähigkeit:** Österreichs Wirtschaft muss sich internationalen Entwicklungen anpassen, z. B. der Globalisierung

und den technologischen Trends. Dies erfordert eine proaktive Auseinandersetzung mit Strukturproblemen.

- **Digitalisierung:** Die Transformationen durch Digitalisierung haben Auswirkungen auf Individuen, Regionen und Unternehmen. Diese sind in ihrer Wechselwirkung zu sehen.
- **Klimawandel und Nachhaltigkeit:** Die Auswirkungen des Klimawandels erfordern auch auf nationaler Ebene dringende Maßnahmen. Das Postulat des nachhaltigen Wirtschaftens erfordert ein Umdenken und wirkt in alle Dimensionen des Wirtschaftens hinein.
- **Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel** verlangen Reformen im Bereich der Ausbildung und der Migrationspolitik, aber auch neue Ideen in Bezug auf die Gestaltung der Arbeitswelt.
- **Demographischer Wandel:** Die "Ageing Society" fordert die Systeme der sozialen

Sicherheit ebenso wie die Arbeitsmärkte und stellt eine wichtige Herausforderung für die öffentlichen Haushalte dar.

- **Staatsaufgaben und die Rolle des öffentlichen Sektors:** Nahezu alle angeschnittenen Themen haben direkt oder indirekt Implikationen für die öffentlichen Haushalte. Damit wird eine Grundsatzdiskussion über die Rolle und Grenzen der staatlichen Aufgaben angestoßen.

Zwischen diesen Herausforderungen bestehen zahlreiche Wechselwirkungen, die sich vor allem auf der Ebene der konkreten Maßnahmen zeigen. Diese sollen in der Folge im Überblick dargestellt werden.

Österreich sollte sich schon aus eigenem nationalem Interesse stärker als zuletzt gestaltend in der **Europäischen Union** einbringen. Dies gilt z. B. für die **Steuerpolitik**. Gleichgültig, ob es um die Gewinnbesteuerung internationaler Konzerne und damit die europäische Dimension der Körperschaftsteuer, das Thema der Finanztransaktionssteuer, die Besteuerung von Internetaktivitäten oder die europäische Dimension von Umweltsteuern (einschließlich eines CO₂-Grenzausgleichs für das Emissionshandelssystem) und/oder die Generierung von steuerbasierten Eigenmitteleinnahmen auf der europäischen Ebene geht (Schratzenstaller – Krenek, 2019) – Österreich hat ein zutiefst politisches und auch fiskalisches Interesse an raschen Lösungen dieser Fragen. Gleiches gilt für die Diskussion über Reformen des **fiskalpolitischen Regelwerkes** der EU, wie z. B. über die Etablierung einer "grünen" Regel zur Ermöglichung von defizitfinanzierten Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur.

Einige Elemente der Architektur der Europäischen Union wurden in Österreich lediglich populistisch zum Problem gemacht. Ihr wahrer Kern harrt allerdings einer ernsthaften Diskussion auf europäischer Ebene, und es wäre sinnvoll, wenn Österreich hierbei eine führende Rolle einnähme. Dies gilt an erster Stelle für die **innereuropäischen (Arbeits-)Migrationsströme**, die zwar ein Ausdruck einer der Grundfreiheiten der EU sind, in zahlreichen Mitgliedsländern aber erhebliche Probleme und zum Teil soziale Verwerfungen mit sich bringen. Ein Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze in Österreich wurde in der Zeit von 2008 bis 2017 von ausländischen Arbeitskräften besetzt (Eppel et al., 2018), während gleichzeitig einige osteuropäische Mitgliedsländer nahezu unlösbare Schwierigkeiten mit Arbeitskräftemangel haben. Wengleich dieser Zuzug zur Absicherung des Wachstums der österreichischen Volkswirtschaft in der langen Frist wichtig ist, führt er doch kurzfristig zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen sowohl in Österreich als auch in den Ländern, aus denen die Arbeitskräfte stammen, da sie dort zur Stützung der Wirtschaftsentwicklung fehlen. Bislang kam eine EU-interne Suche nach

Lösungsmöglichkeiten noch nicht ausreichend in Gang.

Die anhaltenden Flüchtlingsbewegungen erfordern darüber hinaus eine Auseinandersetzung mit einer nachhaltigen **internationalen Migrationspolitik**. Die EU wird sich mit den Wurzeln der weltweiten Migration auseinandersetzen müssen, woraus sich z. B. eine neue Formulierung der **Afrika-Strategie der EU** ergeben müsste, in die auch Österreich eingebunden sein sollte.

Die österreichische Wirtschaft leidet an einigen Strukturproblemen, deren mittelfristige Beseitigung zur Erhaltung der **Wettbewerbsfähigkeit** unausweichlich ist. Gemäß der jährlichen Befragung heimischer Führungskräfte, die vom WIFO gemeinsam mit dem World Economic Forum (WEF) durchgeführt wird, wirken vor allem die hohe Belastung durch öffentliche Regulierungen, die beschränkte Zahl von Flugverbindungen, die geringe Nutzung leistungsstarker Breitbandnetze oder die hohen Steuern und Abgaben auf Arbeit negativ auf das Gesamtergebnis. Die österreichischen Führungskräfte beklagen zudem den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere auch solcher mit digitalen Fertigkeiten. Mangelnde Mobilität innerhalb Österreichs sowie administrative Hemmnisse für den Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte, die nicht aus der EU stammen, verstärken den Fachkräftemangel. Unterdurchschnittlich schneidet Österreich auch gemessen an den Indikatoren zur Unternehmensfinanzierung ab, welche die geringe Börsenkapitalisierung und den Mangel an Risikokapital negativ bewerten. Bemängelt werden weiters die geringe Bereitschaft zu unternehmerischem Risiko oder die lange Dauer der Gründung eines neuen Unternehmens.

Viele dieser Themen stehen im Zusammenhang mit der außenwirtschaftlichen Verflechtung Österreichs, aber auch die Klima- und Umweltproblematik führt zu solchen Herausforderungen. So wird es darum gehen, schrittweise Substitute für die vor allem an der Produktion von Verbrennungsmotoren orientierte **österreichische Autozulieferindustrie** zu entwickeln. Davon abgesehen steht die Exportwirtschaft generell vor der Herausforderung, die Verringerung der Bedeutung der EU-internen Handelsströme zugunsten **außereuropäischer Zukunftsmärkte** weiterzutreiben. Gleichzeitig müssen die Potentiale des EU-Binnenmarktes durch die Beseitigung von Schwachstellen in der rechtlichen Umsetzung und praktischen Anwendung von Binnenmarktregeln besser ausgeschöpft werden, worin erhebliche Handels- und Einkommenspotentiale liegen (Wolfmayr, 2019). Weiters werden traditionelle Stützen der außenwirtschaftlichen Verflechtung, wie z. B. der **(Winter-)Tourismus**, von externen Entwicklungen wie dem

Ein stärkeres Engagement Österreichs in der EU wäre auch im eigenen Interesse.

Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit muss sich Österreich den Strukturproblemen der Industrie stellen und seine Exportschwerpunkte verbereitern.

Die Forschungs- und Technologiepolitik muss die Innovation Leaders im Fokus haben; eine stärkere Fokussierung der Forschungsförderung – etwa auf Klimafragen – und mehr Impulse für die Grundlagenforschung weisen den Weg.

Die Digitalisierungsstrategie ist rasch und umfassend umzusetzen.

Eine effektive Klimapolitik muss auch öffentliche Investitionen und Forschungspolitik umfassen.

Die bessere Qualifizierung der Arbeitskräfte ist ein Schlüssel zur Beseitigung des Fachkräftemangels.

Klimawandel betroffen sein und müssen Gegenstrategien erarbeiten.

Der Strukturwandel und die Erhaltung bzw. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stehen in einem engen Zusammenhang mit der **Forschungs- und Technologiepolitik**. Obwohl Österreich seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit dem Ziel, zu den Innovation Leaders aufzusteigen, stark gesteigert hat, sind die Wirkungen nur bedingt zu sehen (Janger – Kügler, 2018, Firgo – Kügler, 2018). Weitere Analysen, die z. B. auch die Wirkung der insgesamt sehr themenoffenen Forschungsförderung untersuchen und von einem verbesserten Datenzugang profitieren könnten, wären dabei sehr hilfreich. Forschungs- und technologiepolitische Initiativen sollten jedenfalls auch in eine **konsistente Standortpolitik** eingebettet sein. So könnte es z. B. im Hinblick auf die im Kapitel 2.4 erwähnte Bedeutungszunahme unternehmerischer "Ökosysteme" sinnvoll sein, (Forschungs-)Förderung nicht nur auf einzelne Projekte zu beschränken, sondern auch Vorhaben zur Weiterentwicklung regionaler Ökosysteme zu unterstützen.

Weiters sollten die mittel- und langfristigen Effekte der **Grundlagenforschung** nicht unterschätzt werden (Janger et al., 2017). Daher wäre die Dotation des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) deutlich zu erhöhen, um die wettbewerbliche Vergabe von Grundlagenforschungsmitteln zu steigern und die Grundlagenforschung an den Universitäten zu verbessern.

Eng in Verbindung mit der technologischen Entwicklung Österreichs ist die rasche und intensive Umsetzung der **Digitalisierungsstrategie** zu nennen. Der österreichische IKT-Sektor ist zwar klein, in Bezug auf die technologischen Innovationen und die Wirtschaftsleistung aber leistungsfähig (Kügler – Reinstaller – Dachs, 2019). Dennoch besteht Nachholbedarf in Bezug auf die Digitalisierung der österreichischen Wirtschaft (OECD, 2017, S. 76, OECD, 2019, S. 57ff), wobei der Zugang zum Breitbandinternet, die digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung bzw. der Arbeitskräfte und die Umsetzung der Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen wichtige Brennpunkte der Kritik sind (Hözl, 2019B). Auch die Schwächen in der Digitalisierung des Dienstleistungsbereiches (Hözl, 2019A, S. 659ff) sind zu beseitigen. Eine weitere zentrale politische Herausforderung liegt in der **Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung**, den sich wandelnden Kompetenzanforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen.

Standortpolitische Fragen stehen in einem Zusammenhang mit **regionalökonomischen Themen** bzw. mit der **Raumordnungspolitik**. Dabei müssen verschiedene Dimensionen berücksichtigt werden. So zeigen neuartige Berechnungen des WIFO über **kleinräumige Dimensionen der Lebenssituation** beträcht-

liche Wohlstandsunterschiede auch innerhalb der Bundesländer, nach denen z. B. ein Großteil der Grenzgebiete, aber auch einige inneralpine Lagen deutlich benachteiligt sind (Bock-Schappelwein – Sinabell, 2019). Ergebnisse dieser Art wären z. B. bei aktuellen Debatten, wie zur "Sozialhilfe Neu", erst zu berücksichtigen. Gleichzeitig verdeutlicht eine aktuelle WIFO-Studie, dass auch die verstärkte Digitalisierung der Wirtschaft kein Allheilmittel für die Kluft zwischen zentralen und peripheren Regionen ist (Firgo et al., 2019).

An diesen sozialpolitischen Brennpunkten spiegelt sich ein generelles Problem der Raumordnungspolitik, das im Kontext der Diskussion zum **Klimawandel** zu Recht betont wird: die Zuwanderung in die Ballungsräume, die relativ ungeordnete Ausbreitung der städtischen Regionen und die mit dem Phänomen der Zersiedelung verbundenen Themen der Bodenversiegelung.

Im Hinblick auf ihre weltweite und langfristige Dimension ist die Umsetzung einer **effektiven Klima- und Umweltpolitik** als eine der wichtigsten Herausforderungen der Wirtschaftspolitik zu bezeichnen. Zwar muss eine stärkere ökologische Orientierung des Steuersystems (und darin auch die Bepreisung von CO₂-Emissionen) Teil der Klimapolitik sein. Darüber hinaus ist aber die Erarbeitung und Implementierung eines Gesamtpaketes wesentlich: Dazu gehören neben der Abgabepolitik auch umfangreiche (öffentliche) Investitionen, z. B. im Verkehrswesen oder in der Gebäudesanierung, sowie eine themenspezifische Forschungspolitik. Weiters ist das Gesamtpaket auch sozial und hinsichtlich besonders betroffener Branchen (z. B. Landwirtschaft) "abzufedern", da es kontraproduktiv wäre, durch Klimapolitik soziale Benachteiligungen zu verschärfen oder gar zu schaffen.

Die Herausforderungen auf dem **Arbeitsmarkt** zentrieren sich um scheinbar widersprüchliche Ausgangslagen: Das Niveau der **Arbeitslosigkeit** ist in Österreich nach wie vor zu hoch, gleichzeitig klagen viele Unternehmen über den **Fachkräftemangel**. Lösungen liegen einerseits in der Entwicklung **alternsgerechter Arbeitsplätze** (durch Schaffung eines gesundheitsförderlichen und lernförderlichen Umfeldes) und in der präventiven Gesundheitspolitik. Andererseits braucht es Maßnahmen zur Wiedereingliederung und Unterstützung von Menschen, die trotz Erkrankung in Beschäftigung bleiben könnten (Eppel – Leoni – Mahringer, 2016). Zur Auflösung des Mismatch zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage sind Weiterbildungsinitiativen gefragt, die letztlich auch dringende **Reformen des Bildungssystems, einschließlich der Vorschulphase** nahelegen. So erreichen z. B. Kinder aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen Bildungsziele besonders schlecht

(Huber – Horvath – Bock-Schappelwein, 2017A, 2017B). Häufig haben diese Kinder Migrationshintergrund, sind allerdings nicht notwendigerweise Flüchtlingskinder. Auch die zweite Generation der Zugewanderten ist hier betroffen (Huber – Horvath – Bock-Schappelwein, 2017A, 2017B). Hier besteht weiterer Forschungsbedarf zu den Mechanismen, die diese Benachteiligungen verursachen, sowie zu den betroffenen Gruppen. Grundsätzlich gilt aber, dass durch die heutige Bildungspolitik die künftigen Ausgaben für Sozialleistungen wesentlich mitbestimmt werden (Famira-Mühlberger, 2014).

Unabhängig vom politischen Willen, möglichst wenige neue Asylsuchende aufzunehmen, bildet damit die **Integration** der legal in Österreich lebenden **ausländischen Familien bzw. Kinder** eine der größten Herausforderungen für die nächsten Jahre – dies nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen, da die Nutzung des Arbeitskräftepotentials dieser Bevölkerungsschichten ein wichtiger Teil einer Strategie zur Bekämpfung des längerfristigen Fachkräftemangels und eine nötige Reaktion auf bevorstehende demographische Veränderungen ist. Ein Schlüssel für die Integration sind die ausreichende Dotierung von Lernangeboten für den Erwerb von Deutschkenntnissen sowie die Ausstattung vor allem jener Kindergärten und Schulen mit Fachpersonal, in denen die sozialen Probleme am größten sind.

Neben der Bekämpfung der bestehenden Arbeitslosigkeit ist die wenigstens mittelfristig **bessere Nutzung des Arbeitskräftepotentials** ein wichtiges Thema der Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre. Dazu zählt neben der erwählten Politik zur Unterstützung älterer und gesundheitlich beeinträchtigter Menschen der Abbau unfreiwilliger Teilzeitarbeit von Frauen, z. B. durch ein verbessertes Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder. Weiters müsste die gegenwärtig eher anlassbezogene Beschäftigung mit dem Thema ausländischer Arbeitskräfte verstärkt systematisch und wissenschaftlich geführt werden und sich damit zu einer **evidenzbasierten Migrationspolitik** weiterentwickeln.

Der **demographische Wandel** steht noch für eine Reihe von weiteren Herausforderungen. An erster Stelle sind die Neuorganisation und die Finanzierung der **Pflege** zu nennen, da hier – wie im Kapitel 2.3 erwähnt – massive Kostensteigerungen bevorstehen. Es geht aber nicht nur um die Aufbringung der finanziellen Mittel und um die politische Entscheidung rund um den allfälligen Selbstbehalt der Betroffenen. Auch muss durch materielle und immaterielle Anreize die Chance erhöht werden, das notwendige Personal rekrutieren zu können. Ferner sind in Abstimmung mit den Ländern und Gemeinden die konkrete Organisation der mobilen und stationären Dienste zu sichern sowie die mobile

Pflege und neue Wohnformen zu stärken. Weiters braucht es eine stärkere Kooperation der involvierten Gebietskörperschaften sowie die Zusammenführung der Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung. Schließlich sind auch die Stellung des Pflegegeldes zur Finanzierung der Leistungen sowie die Einbindung und Unterstützung der informellen Pflege in das System der Pflegesicherung zu überdenken.

Die langfristige Finanzierung des **Pensionsversicherungssystems** müsste weit umfassender diskutiert werden, als dies in der öffentlichen Debatte meist geschieht. Die längerfristige Steigerung der öffentlichen Pensionsausgaben (vgl. Kapitel 2.3) bedeutet zunächst nur, dass die Finanzierbarkeit des Pensionssystems zunehmend in Konkurrenz mit allen anderen Ansprüchen an die Staatsausgaben tritt. Die wirklich relevanten politischen Entscheidungen liegen daher in der Frage, welches Pensionsniveau die öffentliche Hand langfristig garantieren kann und will, wieweit es verbindliche Vorgaben für das Lebensalter gibt, ab dem eine Alterspension bezogen werden kann, wie mit jenen umgegangen wird, die zwischen ihrer Erwerbsarbeit und diesem Pensionsalter wegen Arbeitslosigkeit oder gesundheitlichen Problemen eine finanzielle Lücke überbrücken müssen, wie die soziale Sicherung von Menschen aussieht, die – z. B. wegen zu geringer Zeiten stabiler Erwerbstätigkeit – in einem Versicherungssystem keine hinreichenden Pensionsansprüche erwerben können, und welche Rolle der "zweiten" und "dritten" Säule im System der Alterssicherung zukommen soll.

Das Budget ist Ausdruck der in Zahlen gegossenen Wirtschaftspolitik. In diesem Sinn kumulieren viele der bislang genannten Themen letztlich in den Herausforderungen, vor denen die **Budgetpolitik** steht. Dabei geht es nicht nur um die üblich umkämpfte Erstellung eines Bundeshaushaltes bzw. eines mittelfristigen Finanzrahmens. Vielmehr gilt es, **widersprüchliche Grundforderungen** an die Budgeterstellung zu vereinbaren: Dazu zählen die Senkung der Abgabenquote und damit eine "Steuerentlastung", das politische Diktum, "keine neuen Steuern" einzuführen, der weitere Abbau von Staatsschulden, die Weiterführung eines "Nulldefizits", aber auch die Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen oder anderer Ausgaben. Diese Prinzipien prägen auch das Programm der seit Jänner 2020 neu amtierenden Bundesregierung (*Regierungsprogramm, 2020, S. 69*). All dies gleichzeitig kann nur umgesetzt werden, wenn es signifikante **Einsparungen auf der Ausgabenseite** gibt, die entweder mit einer Rücknahme öffentlicher Verantwortung für bestimmte Staatsaufgaben und/oder einer deutlichen Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor einhergehen.

Durch Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Frauenpolitik und Schaffung von altersgerechten Arbeitsplätzen kann das Arbeitskräftepotential besser genutzt werden.

Pflegebedarf und Pensionssystem erfordern nachhaltige Finanzierungsentscheidungen im Bereich der öffentlichen Haushalte sowie eine Klärung des Ausmaßes öffentlicher Verantwortung.

Viele Herausforderungen der Wirtschaftspolitik münden letztlich in Forderungen an die Budgetpolitik, die häufig widersprüchlich sind.

Wie im Kapitel 2.6 beschrieben, wären schon die von der abgelösten Regierung geplanten Steuererleichterungen nach den Parlamentsbeschlüssen des Sommers 2019 nicht mehr aus den erwarteten rechnerischen Überschüssen des Bundeshaushaltes finanzierbar. Dazu kommen die vielen an sich berechtigten Forderungen an die öffentlichen Haushalte, zusätzliche Mittel z. B. für Klimainvestitionen, Pflege, Bildung, Forschung, Pensionen usw. bereitzustellen. Auch zeigen Beispiele wie die Justizverwaltung oder das Bundesheer, dass die Fortsetzung von Einsparungen nicht überall ohne drastische Qualitätsverluste möglich ist, die teilweise die Funktionalität der betroffenen Bereiche beeinträchtigen.

Nachhaltige Einsparungen sind auf der Ausgabenseite ohne Qualitätsverluste nur durch größere Systemreformen zu erzielen.

Die Wirtschaftspolitik muss die bislang gültigen Vorstellungen über den Umfang staatlicher Aktivität auf den Prüfstand stellen.

Damit verschiebt sich der Blickwinkel zur Ausgabenseite des Budgets. Mehrere Regierungen haben bereits Einsparungen durch "Verwaltungsreformen", "Sparen im System" usw. angekündigt und in kleinerem Ausmaß auch umgesetzt. Die immer wieder eingeforderten **grundsätzlichen "Systemreformen"**, z. B. durch Reform des Föderalismus, Steigerung der Transparenz im Bereich der Subventionen, im Gesundheitswesen usw., wurden jedoch noch nicht begonnen, weil ihre Umsetzung politisch schwierig ist. Da die Widerstände gegen solche Reformen auch innerhalb der relevanten politischen Gruppierungen groß sind, wird es nicht einfach sein, diese Pattsituation aufzulösen. Die OECD

schlägt zu diesem Zweck umfangreiche "Spending Reviews" vor (OECD, 2019, S. 10ff, S. 69f), die an sich sinnvoll sind. Andererseits liegt es bei den in Österreich anstehenden Reformen in den seltensten Fällen am mangelnden **Wissen** über prinzipielle Einsparungsmöglichkeiten als vielmehr am **politischen Willen** und an der **Kraft**, diese auch zu realisieren. Ein konkreter Lackmustest für die Reformfähigkeit wird die 2020 anstehende Neuverhandlung des **Finanzausgleichs** werden.

Die Budgetproblematik ist daher eine der am schwierigsten zu lösenden Herausforderungen des Jahres 2020 und darüber hinaus. Selbst wenn die Politik ihren Anspruch auf Senkung der Abgabenbelastung insgesamt aufgibt: Langfristig ist es keine sinnvolle Lösung, zur Finanzierung notwendiger zusätzlicher Ausgaben die Staatsquote oder die Verschuldung weiter zu erhöhen. Auch über die Erstellung des neuen Budgets hinaus wird es somit nötig werden, eine Diskussion über den **Umfang und die Art der staatlichen Aufgaben** und damit die Ausgaben zu führen. Diese Thematik auf eine Art zu lösen, die sowohl dem Wirtschaftsstandort Österreich als auch sozialen und ökologischen Ansprüchen gerecht wird, wird nicht nur die Regierung, sondern auch die Gesellschaft insgesamt enorm fordern. In jedem Fall steht die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre an einer Wegkreuzung.

4. Literaturhinweise

- Berger, S., A Preview of the MIT Taskforce on Innovation and Production Report, MIT Press, Cambridge, MA, 2013.
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Huemer, U., "Instrumente der Existenzsicherung in Weiterbildungsphasen in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(5), S. 393-402, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/60452>.
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Leoni, Th., Arbeitsmarktchancen durch Digitalisierung, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60909>.
- Bock-Schappelwein, J., Sinabell, F., "Einkommenslage und Lebenssituation in Österreich. Befunde zur bisher vernachlässigten regionalen Dimension", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(10), S. 771-782, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62025>.
- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Periode 2021-2030, Wien, 2019, https://www.bmnt.gv.at/umwelt/klimaschutz/klimapolitik_nationaler-energie-und-klimaplan.html.
- CEDEFOP, "Insights into skill shortages and skill mismatch. Learning from Cedefop's European skills and jobs survey", Cedefop Reference series, 2018 (106), https://www.cedefop.europa.eu/files/3075_en.pdf.
- Diamond, R., McQuade, T., Qian, F., "The effects of rent control expansion on tenants, landlords, and inequality: Evidence from San Francisco", American Economic Review, 2019, 109(9), S. 3365-3394.
- Eppel, R., Famira-Mühlberger, U., Horvath, Th., Huemer, U., Mahringer, H., Anstieg und Verfestigung der Arbeitslosigkeit seit der Wirtschaftskrise. Entwicklung, Ursachen und Handlungsansätze, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/62227>.
- Eppel, R., Leoni, Th., Mahringer, H., "Österreich 2025 – Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit. Status quo und Reformperspektiven", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(11), S. 785-798, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/59108>.
- Eppel, R., Mahringer, H., Sauer, P., "Österreich 2025 – Arbeitslosigkeit und die Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(6), S. 493-505, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/60518>.
- Europäische Kommission, The 2018 Ageing Report. Economic & Budgetary Projections for the 28 EU Member States (2016-2070), Luxemburg, 2018, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance_ip079_en.pdf.
- Famira-Mühlberger, U., Zur ökonomischen Notwendigkeit eines investiven Sozialstaates, WIFO, Wien, 2014, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/47148>.

- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61563>.
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., "Zum künftigen Bedarf an Pflegepersonal in den stationären und mobilen Diensten", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(3), S. 149-157, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61700>.
- Fink, M., Rocha-Akis, S., "Wirkung einer Einführung von Familienbonus und Kindermehrbetrag auf die Haushaltseinkommen. Eine Mikrosimulationsstudie", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(5), S. 359-374, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61102>.
- Firgo, M., Kügler, A., "Hochschulen als Produktivitätsfaktor ihrer Standortregionen", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(8), S. 575-583, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61241>.
- Firgo, M., Mayerhofer, P., Peneder, M., Piribauer, Ph., Reschenhofer, P., "Regionale Beschäftigungseffekte der Digitalisierung in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(6), S. 459-469, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61864>.
- Frey, C. B., Osborne, M. A., The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation? Oxford Martin Programme on the Impacts of Future Technology, Oxford, 2013.
- Glocker, Ch., "Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 19-31, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62439>.
- Hausegger, T., Krüse, T., Evaluation der Aktion 20.000, prospect, Wien, 2019, https://www.prospectambh.at/wp-content/uploads/2019/12/Evaluation-Aktion-20.000_Endbericht_prospect.pdf.
- Hözl, W. (2019A), "Digitalisierung in Österreich: Einleitende Bemerkungen", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(9), S. 659-662, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61965>.
- Hözl, W. (2019B), "Herausforderungen für kleinere Unternehmen durch die Digitalisierung. Bestandsaufnahme und Prioritäten", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(9), S. 685-695, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61968>.
- Hözl, W., Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Reinstaller, A., Reschenhofer, P., Dachs, B., Risak, M., Digitalisation in Austria. State of Play and Reform Needs, WIFO und Austrian Institute of Technology, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61892>.
- Hözl, W., Klien, M., Kügler, A., "Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(11), S. 807-819, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62094>.
- Huber, P., Horvath, Th., Bock-Schappelwein, J. (2017A), Österreich als Zuwanderungsland, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/59404>.
- Huber, P., Horvath, Th., Bock-Schappelwein, J. (2017B), "Integration von Migrant/inn/en in Österreich: Wo steht Österreich im internationalen Vergleich?", in Altenburg, F., Faustmann, A., Pfeffer, T., Skrivaneck, I. (Hrsg.), Migration und Globalisierung in Zeiten des Umbruchs. Festschrift für Gudrun Biffl, Donau-Universität Krems, Krems, 2017, S. 219-236.
- Janger, J., Firgo, M., Hofmann, K., Kügler, A., Strauss, A., Streicher, G., Pechar, H., Wirtschaftliche und gesellschaftliche Effekte von Universitäten, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60794>.
- Janger, J., Kügler, A., Innovationseffizienz. Österreich im internationalen Vergleich, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61111>.
- Jorda, O., Schularick, M., Taylor, A. M., "The great mortgaging: housing finance, crises and business cycles", Economic Policy, 2016, 31(85), S. 107-159.
- Kügler, A., Reinstaller, A., Dachs, B., "Digitalisierung der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(9), S. 663-673, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61966>.
- Kuttner, K., "Low Interest Rates and Housing Bubbles: Still No Smoking Gun", in Evanoff, D. (Hrsg.), The Role of Central Banks in Financial Stability: Has It Changed? World Scientific Studies in International Economics, 2013, 30, S. 159-185.
- Mayrhuber, Ch., Badelt, Ch., "Durchrechnung in der Pensionsversicherung. Langfristige Implikationen", Wirtschaft und Gesellschaft, 2019, 45(3), S. 349-366.
- Mense, A., Michelsen, C., Cholodilin, K. A., "Empirics on the causal effects of rent control in Germany", FAU Discussion Papers in Economics, 2017, (24).
- Meyer, I., Sommer, M., Kratena, K., Energy Scenarios 2050 for Austria, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61089>.
- Oberhofer, H., Pfaffermayr, M., "Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit. A Panel Data Structural Gravity Model", Canadian Journal of Economics (erscheint demnächst).
- Oberhofer, H., Streicher, G., Die Handelseffekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft 25 Jahre nach der Volksabstimmung, WIFO, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61796>.
- OECD, OECD Economic Surveys: Austria 2017, Paris, 2017, https://doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2017-en.
- OECD, OECD Economic Surveys: Austria 2019, Paris, 2019, <https://doi.org/10.1787/22f8383a-en>.
- Peneder, M., Firgo, M., Streicher, G., "Digitalisierung in Österreich: eine Standortbestimmung", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(6), S. 447-457, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61863>.
- Pensionsversicherungsanstalt, Jahresbericht 2018, Wien, 2019, <https://www.pensionsversicherung.at/cdscontent/load?contentid=10008.678442&version=1561451066>.
- Regierungsprogramm, Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024, Wien, 2020.

- Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Bock-Schappelwein, J., Einsiedl, M., Klien, M., Leoni, Th., Loretz, S., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015, WIFO, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61782>.
- Rocha-Akis, S., Mayrhuber, Ch., "Umverteilung durch den Staat 2015 – Überblick über die Gesamteffekte", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(5), S. 323-337, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61787>.
- Schiman, St., Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich, WIFO, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/62243>.
- Schatzenstaller, M., Krenek, A., "Tax-based Own Resources to Finance the EU Budget. Potential Revenues, Summary Evaluation from a Sustainability Perspective, and Implementation Aspects", WIFO Working Papers, 2019, (581), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/61798>.
- Sommer, M., Meyer, I., Kratena, K., "Neue Energieszenarien 2050 für Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(5), S. 375-385, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61103>.
- Umweltbundesamt, Klimaschutzbericht. Analyse der Treibhausgas-Emissionen bis 2017, REP-0702, Wien, 2019, <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0702.pdf>.
- Williams, J. C., "Measuring the Effects of Monetary Policy on House Prices and the Economy", BIS Papers, 2016, (88b).
- Wolfmayr, Y., "Ungenutzte Handels- und Wohlfahrtspotentiale des Europäischen Binnenmarktes für Waren", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(12), S. 891-906, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62251>.